

## Die sieben eidgenössischen Vorlagen zur Personenfreizügigkeit seit 1992 – Aussagen Befürworter und Gegner

Eidgenössische Vorlagen betreffend die Personenfreizügigkeit (PFZ)		ARGUMENTE FÜR EIN JA ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT (PFZ) der Mehrheit des Parlaments bzw. des Bundesrates  (Zitate aus den Erläuterungen des Bundesrates)	ARGUMENTE FÜR EIN NEIN ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT (PFZ) der Minderheit des Parlaments bzw. der Referendumskomitees bzw. der Initiativkomitees  (Zitate aus den Erläuterungen des Bundesrates)
<b>Volksabstimmung betreffend Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992 (ABGELEHNT)</b>	<b>Umwelt:</b>	«Umweltschutz muss als gesamteuropäische, ja globale Aufgabe gemeinsam angegangen werden. Ein Alleingang bringt hier wenig. Die EG-Behörden wollen die Ökologiepolitik in Zukunft verstärkt angehen. Insgesamt bringt es dem Umweltschutz sicher mehr, wenn sich die Schweiz im und mit dem EWR für schärfere Umweltnormen einsetzt.»	«Mit dem vom EWR angestrebten Wirtschaftswachstum wird die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen steigen: Die Warentransporte auf der Strasse sowie die Luftschadstoff-Emissionen werden massiv zunehmen, der Trend zum Massentourismus wird sich verstärken, die Abfallproblematik wird sich zuspitzen.»
	<b>Gesellschaft:</b>	«Die Befürchtungen, dass der EWR eine Masseneinwanderung bringt, sind unbegründet.»	«Die ausländische Wohnbevölkerung wird ansteigen.»
	<b>Wirtschaft:</b>	« <b>Die Teilnahme am EWR erschliesst unserer Wirtschaft neue Märkte und sichert unseren Wohlstand.</b> »	«Die Schweizer Wirtschaft ist gesund und stark genug, um sich auch ausserhalb des EWR zu behaupten. Wir müssen nur an unsere eigenen Stärken glauben.»
<b>Volksabstimmung betreffend die Bilateralen Abkommen mit der EU vom 21. Mai 2000 (ANGENOMMEN)</b>	<b>Umwelt:</b>	«Die höheren Strassenabgaben führen zu weniger Umwegverkehr durch die Schweiz sowie zu einer besseren Auslastung der Lastwagen und damit zu weniger Fahrten. Zudem werden die Bahnen dank dem Verlagerungsgesetz bereits ab 2001 in der Lage sein, zusätzlichen Güterverkehr zu übernehmen. Das Wachstum des Schwerverkehrs wird daher schon in der Übergangszeit abgebremst, und ab 2005 ist ein kontinuierlicher Rückgang des alpenquerenden Strassengüterverkehrs zu erwarten.»	«Unser Land bezahlt Milliardenbeträge für den unökologischen Transportwahn im europäischen Binnenmarkt sowie für Strassenunterhalt und Subventionen zur Umlagerung des Verkehrs auf die Schiene. Die Verträge verletzen die Verfassungsartikel der Alpenschutzinitiative. Mehr Unfälle und Immissionen gefährden die Gesundheit von Mensch und Tier sowie die Umwelt.»
	<b>Gesellschaft:</b>	«Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste der Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet. Im Übrigen ist wegen der hohen Ärztedichte in der Schweiz auch keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten.»	«Die erwartete Zuwanderung (Attraktivität der Schweiz) verschärft den Kampf um Arbeitsplätze und Löhne. Dies wird vor allem die sozial Schwächsten und den Mittelstand hart treffen. Daran ändern auch die flankierenden Massnahmen nichts. Bei den Sozialwerken (Krankenkassen, AHV-IV, ALV) sind höhere Prämien bei schlechteren Leistungen unabwendbar; die Mehrwertsteuer wird steigen.»
	<b>Wirtschaft:</b>	« <b>Die Bilateralen Abkommen fördern ein weiteres Wachstum der Wirtschaft. Dank dem zu erwartenden zusätzlichen Wirtschaftswachstum werden auch die Steuererträge wachsen.</b> »	«Die Freigabe des kleinen Schweizer Marktes für den riesigen EU-Markt wird einer kleinen Minderheit gewisse Vorteile, der Allgemeinheit aber grosse Nachteile bringen.»

## Die sieben eidgenössischen Vorlagen zur Personenfreizügigkeit seit 1992 – Aussagen Befürworter und Gegner

Eidgenössische Vorlagen betreffend die Personenfreizügigkeit (PFZ)		ARGUMENTE FÜR EIN JA ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT (PFZ) der Mehrheit des Parlaments bzw. des Bundesrates  (Zitate aus den Erläuterungen des Bundesrates)	ARGUMENTE FÜR EIN NEIN ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT der Minderheit des Parlaments bzw. der Referendumskomitees bzw. der Initiativkomitees  (Zitate aus den Erläuterungen des Bundesrates)
<b>Volksabstimmung betreffend Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Staaten und Revision der flankierenden Massnahmen vom 25. September 2005 – aufgrund Referendum gegen Bundesbeschluss (ANGENOMMEN)</b>	<b>Umwelt/Gesellschaft:</b>	«Eine starke Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten in unser Land ist nicht zu erwarten. Was die Schwarzarbeit anbelangt, so wird sie durch eine geregelte Öffnung der Arbeitsmärkte verringert. Der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird verstärkt: Bis zu 150 Inspektoren werden in den Kantonen gegen Lohndumping vorgehen.»	«Wenn wir die Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Ost-Staaten ausdehnen, gibt es keine Bremse mehr. Wir müssten auch bei den folgenden EU-Erweiterungen auf Rumänien, Bulgarien, den Balkan und die Türkei die Freizügigkeit gewähren. Minimallöhne können umgangen werden, indem sich die Neueinwanderer als Selbständigerwerbende deklarieren. Missbräuche gibt es auch bei den Zulagen, bei der Arbeitszeit und bei der Unterbringung der Arbeiter, wie das Schlafen in Abbruchliegenschaften, auf der Baustelle oder im Wohnwagen. Ost-Personenfreizügigkeit bedeutet ungebremste Zuwanderung in unser Sozialsystem.»
	<b>Wirtschaft:</b>	«Breite Rekrutierungsmöglichkeiten für geeignete Arbeitskräfte fördern das Wachstum und stärken den Arbeitsplatz Schweiz. Schutzmassnahmen gewährleisten, dass die Öffnung nicht auf Kosten unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgt. <b>Bei einem Nein riskiert die Schweiz ernsthafte Nachteile.</b> »	«Ausländische Lohndrücker und Billigarbeiter gefährden Wohlstand, Arbeitsplätze und Arbeitsfrieden. Das Gewerbe (KMU) käme mit der Ost-Personenfreizügigkeit unter noch grösseren Konkurrenzdruck.»
<b>Volksabstimmung betreffend Personenfreizügigkeit Schweiz-EU: Weiterführung des Abkommens und Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien vom 8. Februar 2009 – aufgrund Referendum gegen Bundesbeschluss (ANGENOMMEN)</b>	<b>Umwelt/Gesellschaft:</b>	«Zu einer unkontrollierten Einwanderung ist es nicht gekommen. Es ist davon auszugehen, dass mit der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums die Zuwanderung abnehmen wird.»	«Die Schweiz hat die weitaus höchste Einwanderungsrate sämtlicher Industrienationen. Allein im Jahr 2007 ist die Bevölkerung unseres kleinen Landes um 74'000 Menschen gewachsen. Monat für Monat ziehen Tausende zusätzliche ausländische Arbeitskräfte ins Land. Trotz «flankierenden Massnahmen» arbeiten viele billiger, ja zu Dumpingpreisen. Zudem wird auch wegen der enormen EU-Zuwanderung unser Wohnraum knapp und teurer.»
	<b>Wirtschaft:</b>	«Die Personenfreizügigkeit trägt dazu bei, Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern. Ein offener Arbeitsmarkt verbessert die Chancen der einheimischen Firmen im internationalen Wettbewerb, die Schweizer Wirtschaft wächst, und es werden neue Arbeitsplätze geschaffen. <b>Ein Nein schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz empfindlich und gefährdet Wohlstand sowie Arbeitsplätze.</b> »	«Die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien werden negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Sozialwerke haben.»

## Die sieben eidgenössischen Vorlagen zur Personenfreizügigkeit seit 1992 – Aussagen Befürworter und Gegner

Eidgenössische Vorlagen betreffend die Personenfreizügigkeit (PFZ)		ARGUMENTE FÜR EIN JA ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT (PFZ) der Mehrheit des Parlaments bzw. des Bundesrates  (Zitate aus den Erläuterungen des Bundesrates)	ARGUMENTE FÜR EIN NEIN ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT der Minderheit des Parlaments bzw. der Referendumskomitees bzw. der Initiativkomitees  (Zitate aus den Erläuterungen des Bundesrates)
<b>Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» vom 9. Februar 2014 (ANGENOMMEN)</b>	<b>Umwelt/Gesellschaft:</b>	«Eine Verdrängung von Schweizer Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt ist bislang <b>kaum</b> festzustellen. Die Auswirkungen auf die hiesigen Löhne sind <b>gering</b> geblieben, am <b>ehesten</b> spürbar sind sie in Grenzregionen. Die flankierenden Massnahmen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Löhne <b>kaum</b> unter Druck geraten sind und die Arbeitsbedingungen sich nicht verschlechtert haben.»	«Seit dem Jahr 2007 sind jährlich rund 80'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Dies entspricht Jahr für Jahr einer Zunahme der Bevölkerung in der Gröszenordnung der Stadt Luzern. Jährlich erfordert dies eine Siedlungsfläche in der Grösse von 4'448 Fussballfeldern. Seit dem letzten Jahr hat die Schweiz erstmals über 8 Millionen Einwohner. Die Folgen sind täglich spür- und erlebbar: zunehmende Arbeitslosigkeit (Erwerbslosenquote von fast 8% unter den Ausländern), überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, Verlust von wertvollem Kulturland, Lohndruck, Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch, Kulturwandel in den Führungsetagen und belastend hohe Ausländeranteile in der Fürsorge und in anderen Sozialwerken.»
	<b>Wirtschaft:</b>	«Die Zuwanderung trägt viel zum Wohlstand der Schweiz bei. Die Initiative könnte das Ende der Personenfreizügigkeit und der weiteren Abkommen der Bilateralen I bedeuten. <b>All dies würde der Schweizer Wirtschaft grossen Schaden zufügen.»</b>	«Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild und letztlich unseren Wohlstand in der Schweiz.»
<b>Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop) vom 30. November 2014 (ABGELEHNT)</b>	<b>Umwelt/Gesellschaft:</b>	«Am 9. Februar 2014 haben sich Volk und Stände bereits für eine Begrenzung der Zuwanderung ausgesprochen (= Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»). Der Bundesrat hat dazu Ende Juni sein Konzept vorgestellt und arbeitet an einer Lösung mit der EU. Ein Ja zur vorliegenden Initiative würde diese Arbeiten massiv erschweren.»	«In der Schweiz hat sich die Bevölkerung mit der Personenfreizügigkeit dramatisch erhöht. Geht das so weiter, werden wir bis 2050 von 8 auf 11 Millionen wachsen, viermal so schnell wie die EU. Die Schweiz wird eine Riesenstadt: Zugebaute Natur, Staus, überfüllte Züge, steigende Mieten, überlastete Sozialwerke und stagnierende Wirtschaftskraft pro Kopf sind die Folgen. Der Bundesrat hat sich und uns bei der Abstimmung über die Bilateralen getäuscht. Statt der versprochenen 8'000 kommen über zehnmal mehr Zuwandernde. Lassen wir uns weder vom Bundesrat noch von der Millionen-Propaganda der Economiesuisse nochmals blenden.»
	<b>Wirtschaft:</b>	« <b>Die starre Zuwanderungsquote würde unserer Wirtschaft schaden. Der Bundesrat hält die Initiative nicht nur für verfehlt, sondern für gefährlich.»</b>	«Die Menschheit kann nicht endlos wachsen, weder hier bei uns noch global, dafür reichen die Ressourcen nicht.»

## Die sieben eidgenössischen Vorlagen zur Personenfreizügigkeit seit 1992 – Aussagen Befürworter und Gegner

Eidgenössische Vorlagen betreffend die Personenfreizügigkeit (PFZ)		ARGUMENTE FÜR EIN JA ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT (PFZ) der Mehrheit des Parlaments bzw. des Bundesrates  (Zitate aus den Erläuterungen des Bundesrates)	ARGUMENTE FÜR EIN NEIN ZUR PERSONENFREIZÜGIGKEIT der Minderheit des Parlaments bzw. der Referendumskomitees bzw. der Initiativkomitees  (Zitate aus den Erläuterungen des Bundesrates)
<p><b>Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»</b></p>	<p><b>Umwelt/Gesellschaft/Wirtschaft:</b></p>	<p>«Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. <b>Aus ihrer Sicht wäre die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit hohen Kosten für die Wirtschaft verbunden.</b>» (NZZ)</p>	<p>«Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wandern 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen. Die negativen Folgen sind schmerzhaft: Einheimische Arbeitsplätze werden zusehends gefährdet, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere Kultur. Plätze, Züge und Strassen werden unsicherer. Hinzu kommt, dass praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche.» (Initianten)</p>

Juni 2020

[www.lebenswerte-schweiz.ch](http://www.lebenswerte-schweiz.ch)